

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Zuschrift. Die EU-Finanzminister haben sich darauf verständigt, Mehrwertsteuersenkungen für Gastronomie und Handwerk zu ermöglichen. Die Entscheidung hat einen Streit in der schwarz-roten Koalition ausgelöst. Von einer klaren Linie zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft könne keine Rede sein, kritisierte FDP-Tourismusexperte Ernst Burgbacher. Den Verzicht der CSU auf ihre Forderung nach einer raschen Senkung der Mehrwertsteuer monierte er als "unerträgliches" Hin und Her. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel sagte am Montag nach der Präsidiumssitzung: "Dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene mit ermöglicht hat, dass andere Länder ihre Bürger bei der Mehrwertsteuer entlasten, es aber den eigenen Bürgern verwehrt, ist ein bemerkenswertes Signal." FDP-Haushaltsexperte Jürgen Koppelin kündigte für diese Woche eine Aktuelle Stunde im Bundestag zu dem Thema an.

Die EU-Finanzminister hatten unter anderem beschlossen, für Dienstleistungen in der Gastronomie ermäßigte Mehrwertsteuersätze zulassen zu dürfen. Die Vereinbarung erlaubt es den EU-Staaten, in bestimmten Branchen künftig einen reduzierten Mehrwertsteuersatz zu erheben. Neben der Gastronomie gilt dies auch beim Friseur, am Bau oder bei der häuslichen Betreuung. Frankreich und Österreich haben angekündigt, die EU-Regelung anwenden zu wollen.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) haben sich jedoch bereits dagegen ausgesprochen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Die CSU dagegen pocht auf einen Mehrwertsteuer-Nachlass. Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zeigte "Sympathie" für eine Senkung der Mehrwertsteuer bei Dienstleistungen wie Restaurant- und Friseurbesuche - aber erst nach der Bundestagswahl im September.

Die FDP dringt auf eine Senkung der Mehrwertsteuersätze für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Die Regierung müsse auch deutsche Betriebe entlasten, besonders das Hotel- und Gaststättengewerbe, forderte FDP-Generalsekretär Dirk Niebel. Deutsche Hotels und Gastronomiebetriebe seien besonders in den Grenzregionen zu Nachbarländern einem harten Wettbewerb ausgesetzt. Aus Sicht der FDP soll auch für Energie ein ermäßigter Steuersatz ähnlich dem für Lebensmittel gelten, da Energie als Grundbedarfsmittel einzustufen sei.

Energie sei "ein Grundbedürfnis wie Nahrung" und dürfe nicht zum Luxus werden. Trotz der Übereinstimmung in der Sache übte Niebel scharfe Kritik an der CSU. Diese habe in der großen Koalition "zwanzig Mal für höhere Steuern gestimmt". Wenn die bayerische Landesregierung jetzt dagegen

stänkere, sei das "christsozialer Gedächtnisschwund".

Jürgen Koppelin Für den FDP-Haushaltspolitiker Jürgen Koppelin ist es "unverständlich", dass "derselbe Bundesfinanzminister, dem die letzten beiden Schuldenpakete gegen die Finanzkrise nicht groß genug sein konnten, sich vernünftigen Entlastungen" für das Handwerk und das Hotel- und Gastronomiegewerbe massiv in den Weg stelle. Das sei umso unverständlicher, weil Steinbrück selber eingeräumt habe, dass eine Entlastung der Konsumenten die Konjunktur stützen und Arbeitsplatz sichern würde, so Koppelin.

Wenn der Bundesfinanzminister in der Wirtschaftskrise "mutwillig" neue Aufträge und Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und im Handwerk blockiere, handle er unverantwortlich, machte Koppelin deutlich. Aus seiner Sicht wäre es verantwortungsvoll, die Mehrwertsteuer so fair auszugestalten, "dass der Umsatz steigt und der Staat damit die Wirtschaft letztlich zu seinen eigenen Gunsten stützt".

Koppelin begrüßte die Ankündigung der bayrischen Staatsregierung, über eine Initiative im Bundesrat die steuerlich bedingten Wettbewerbsnachteile der Gastronomie in Deutschland abzubauen. Dadurch biete sich immerhin eine Chance, das auszugleichen, was in der Bundesregierung an Wirtschaftskompetenz fehle, so Koppelin.

Silvana Koch-Mehrin Die Vorsitzende der FDP-Fraktion im Europaparlament und Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl, Silvana Koch-Mehrin, hat sich positiv zu Mehrwertsteuersenkungen in verschiedenen Branchen ausgesprochen. Der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen“ sagte Koch-Mehrin: „Weniger Steuern insgesamt wären das beste Konjunkturprogramm für die ganze Wirtschaft.“

Aus Sicht von Koch-Mehrin macht eine solche Senkung Sinn. „In der Gastronomie und im Hotelgewerbe geht es um eine Wettbewerbsangleichung, da sollte der reduzierte Mehrwertsteuersatz für alle in ganz Europa gelten“, so Koch-Mehrin. Dies sei eine alte FDP-Forderung, „die sich auch in der Krise positiv auf die Umsätze im Gast- und Tourismusgewerbe auswirken würde“. Sollte die Regierung nicht mitziehen, schade sie deutschen Unternehmen und deren Mitarbeitern. „Wenn für ein Hotelzimmer in Frankreich nur 5,5 Prozent Mehrwertsteuer anfallen, in Deutschland aber 19 Prozent, dann ist das für Hoteliers im Grenzgebiet ein eklatanter Wettbewerbsnachteil“, so Koch-Mehrin.

Koch-Mehrin steht einem ähnlichem Ansinnen im Baugewerbe jedoch kritisch gegenüber. Man könne „nicht von Branche zu Branche springen“ und Politiker entscheiden lassen, „wer subventioniert wird und wer nicht“. Dies wäre „ordnungspolitischer Unfug“. Aus ihrer Sicht solle der ermäßigte

Mehrwertsteuersatz vor allem für Waren- und Dienstleistungen gelten, welche die menschliche Grundbedürfnisse abdecken: Lebensmittel oder Medikamente, aber auch für Energieprodukte wie Strom und Benzin.

Prinzipiell sprach sich Koch-Mehrin für breite Steuersenkungen aus. Das Steuersystem in Deutschland sei „viel zu kompliziert“. „Wir brauchen ein niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem mit möglichst wenigen Ausnahmen“, so die Europapolitikerin. Eine generelle Befreiung von der Mehrwertsteuer, wie dies in Großbritannien bei Kindernahrung der Fall ist, gehe jedoch zu weit. „Ich halte den verminderten Mehrwertsteuersatz für Dinge wie Lebensmittel oder Kindernahrung für angemessen“, so Koch-Mehrin.

Weitere Informationen finden Sie auch in der beigefügten Positionsschrift der FDP-Bundestagsfraktion. Sollten Sie weitere Informationen wünschen, so stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Stelkes
FDP-Info-Point

Anlage:

Anhan(See attached file: PosPapier-Tourismuskonzept.pdf)(See attached file: Deutschlandprogramm2009.pdf)

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas-Dehler-Haus
FDP-Info-Point
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Öffnungszeiten: Mo-Fr 8.00 - 20.00 Uhr

Tel. (030) 28 49 58 0
Fax (030) 28 49 58 22

fdp-point@fdp.de
www.fdp.de

P.S.: "Deutschland kann es besser. Stärken Sie uns, damit wir Sie stärken können: Mehr unter: mitmachen.fdp.de"